

NEUES TEAM FÜR DEN STANDORT „MIT EINER STARKEN INDUSTRIE AUS DER KRISE!“

Welche Schritte notwendig sind, um den Standort stark aufzustellen und wie Österreich bei Digitalisierung, Forschung und Technologie ins europäische Spitzenfeld kommen kann.

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
Wie sich die Industrie immer wieder neu erfindet

Seite 2



COMEBACK
Mit Entlastung und Investitionsanreizen zu neuer Stärke

Seite 4



WIEN
Mitgliederbefragung zu Corona und Zukunftsthemen

Seite 10

The Spirit of Industry oder der unbändige Wille, sich immer wieder neu zu erfinden

Warum es nach der Corona-Krise wichtig ist, die Tugenden der Industrie wiederzuentdecken.

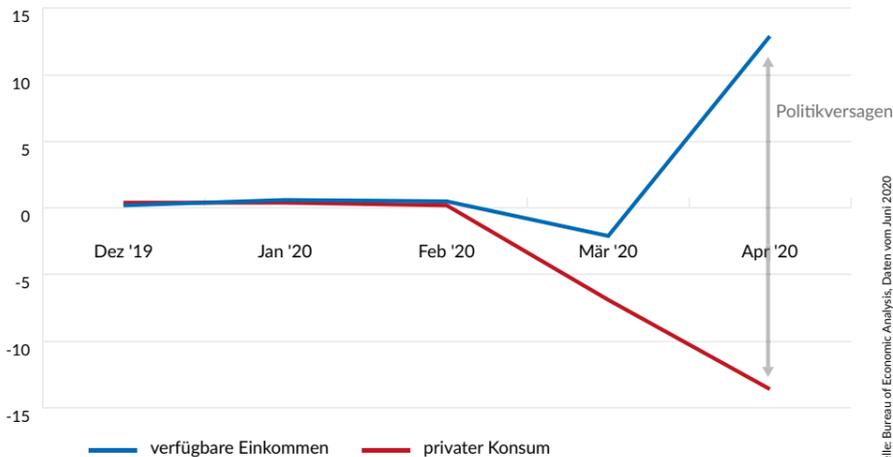
Das Kompetenzzentrum für Verhaltensökonomie am IHS „Insight Austria“ hat kürzlich erhoben, wie die Menschen in Österreich nach der Corona-Krise anders denken, fühlen und entscheiden werden. Das Ergebnis: Ein Großteil der Verhaltensänderungen im täglichen Leben wird vermutlich erhalten bleiben und so zu einem neuen Lebensstil führen, zu einem „neuen Retro“. Die Menschen ziehen sich zurück, konzentrieren sich auf sich selbst, auf den nächsten Tag, auf ihre unmittelbare Umgebung und sie befolgen die von der Politik aufgestellten Regeln.

Die Frage ist: Wollen wir diesen Zustand des neuen Biedermeier wirklich? Hier drei Trugschlüsse, die uns zu dieser „Schockstarre“ führen, und drei Gründe, warum uns gerade die Tugenden der Industrie herausbringen können.

Weltoffenheit. Der erste Trugschluss aus der Corona-Krise ist das Hinterfragen der Globalisierung und der Mobilität. Wertschöpfungsketten sind nur dann fragil, wenn sie nicht diversifiziert sind. Eine Antwort auf Corona ist daher nicht weniger, sondern mehr Globalisierung. Dort, wo Menschen Waren und Ideen austauschen, entstehen weder Kriege noch Intoleranz. Die Industrie mit ihren globalen Lieferketten ist hier im Lead.

Angstsparen in den USA

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte vs. Sparquote in den USA seit Dezember 2019



Quelle: Bureau of Economic Analysis, Daten vom Juni 2020

Die verfügbaren Einkommen sind durch ein Stimulus-Paket gestiegen, trotzdem sind die Konsumausgaben gesunken. Mut und Optimismus lassen sich nicht von der Politik verordnen.

Effizienz. Der zweite Trugschluss ist die Abkehr vom Effizienzprinzip. Die Politik hat ein gespanntes Verhältnis zum Begriff „Effizienz“ – nicht zuletzt, weil sie scheinbar über unendliche Ressourcen in Form von Zwangsabgaben verfügt. Klar fühlt man sich auf den ersten Blick mit einer Reserve von Spitalsbetten sicherer, wenn eine Pandemie ausbricht. Aber es gibt nach wie vor keinen Grund, mit den eingesetzten Mitteln der Steuerzahler nicht sorgsam umzugehen. Die in der Krise kurzfristig rasch verfügbare Notfallbettendichte sollte

jedenfalls in Zukunft eher strategisch geplant, und nicht aufgrund einer politischen Kompetenzersplitterung mit großen Effizienzverlusten einfach nur „passieren“. Die Industrie hingegen steht zur Tugend der Effizienz – von der Produktion über die Arbeitsteilung bis hin zum Erreichen der Klimaziele.

Optimismus. Der dritte Trugschluss ist die Hoffnung, dass der Staat einen selbsttragenden Aufschwung herbeizaubern kann. In den USA erleben wir derzeit ein massives

Politikversagen bei der Konjunkturbelebung in Form von Angstsparen. Die verfügbaren Einkommen sind durch das Stimulus-Paket (u.a. 1.200 USD Helikoptergeld für die meisten Haushalte) um sagenhafte 12 Prozent (!) im April gestiegen und trotzdem sind die Konsumausgaben um 13 Prozent gesunken. Das ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, dass die Politik dort an ihre Grenzen stößt, wo Motivieren statt Regulieren angesagt ist. Was wir jetzt brauchen, ist Mut und Optimismus. Das lässt sich nicht von der Politik verordnen, sondern muss vorgelebt werden. Hier kommt die dritte Tugend der Industrie ins Spiel – der „Spirit of Industry“ oder ihr unbändiger Wille, sich immer wieder neu aufzustellen, neu zu erfinden und mutig nach vorne zu blicken.

Und eines zu guter Letzt: Industrie steht auch für Größe. Damit ist nicht die Größe im herkömmlichen Sinn gemeint, die mit Marktanteilen und Ressourcenverbrauch verbunden ist, sondern die Größe in den Köpfen – die Weltoffenheit, die Neugierde und der Blick in die Zukunft. Genau diese Größe wird jetzt benötigt, um aus dem Kokon des „neuen Biedermeier“ wieder herauszubrechen.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

GASTKOMMENTAR

Der Staat als Feind und Wohltäter

Die Kollateralschäden. Was die Corona-Krise bei den Menschen angerichtet hat. Aber endlich darf auch positiv über Wirtschaft und Markt geredet werden.

Zu den ernüchternden Erkenntnissen aus der Corona-Krise gehört, wie groß die Wehleidigkeit der Menschen in der modernen Welt ist. Unter dem Eindruck der ersten Angst wurden die Ausgangsbeschränkungen anstandslos akzeptiert und kaum ließ der Druck nach, wurden sie so dargestellt, als ob es sich um eine Schikane der

dann herbeigejubelt, als ob wir alle aus dem Gefängnis befreit worden wären.

Die Maskenpflicht, eine simple medizinisch-prophylaktische Maßnahme, wird jetzt zu einer „Beleidigung des Bürgersinns“ stilisiert oder als „Komödie“ lächerlich gemacht, obwohl ein Blick nach Deutschland reichen würde, ihre Notwendigkeit einzusehen. Das Selbstmitleid führt zur paradoxen Haltung, den Staat als Feind zu betrachten und zugleich alles von ihm zu erwarten. Diese Infantilisierung einer ganzen Gesellschaft könnte sich noch als einer der größeren Kollateralschäden der Krise herausstellen.

Das anscheinend grenzenlose Versprechen des Staates, Geld für jeden und alles, vom Taxi-Gutschein bis zu den diversen „Solidaritäts-, Kunst-, Gemeinde-Milliarden“ herzugeben, hat sich bei vielen Bürgern als Anspruch niedergeschlagen. Sie halten es für selbstverständlich, dass ihnen jetzt auch ein Essen im Wirtshaus bezahlt wird. Auf die Idee, sie könnten ihren Heurigen-Ausflug vielleicht mit der Bankomat-Karte vom Konto bezahlen, kommen sie gar nicht. Jede obskure NGO hält sich für staatstragend und möchte ihren Spendenausfall vom Staat ersetzt bekommen. In der COVID-19-Krise hat sich die Unersetzlichkeit des Nationalstaates erwiesen. Ein Staat, der in guten Zeiten kein stabiles

Gesundheitssystem aufgebaut hat, dem kann in der Krise auch keine EU-Solidarität helfen. Zweifellos darf sich Europa bei Medikamenten und Schutzausrüstungen nicht vollkommen auf nicht-europäische Produzenten verlassen. Auch Vorräte an Gesundheitsmaterial, wie sie Österreich einmal gehabt hat, müssen wieder angelegt werden.

Diese Notwendigkeit darf aber nicht dazu führen, den Propagandisten einer De-Globalisierung auf den Leim zu gehen. Gerade ein Land wie Österreich, das vom Export lebt, kann sich solchen Illusionen nicht hingeben. Immer noch gibt es Leute, die sich wünschen, dass die Volkswirtschaft „zumindest etwas zurückgefahren“ wird. Das ist angesichts einer halben Million Arbeitsloser und tausender akut gefährdeter Unternehmen entweder weltfremd oder zynisch. Ökonomische Utopisten verbreiten schon wieder die Anschauung, man müsse die „vorhandene“ Arbeit nur besser verteilen.

Kaum je zuvor ist so viel übers Geld geredet worden wie jetzt: Das Geld des Staates, das er nicht hat, aber mit vollen Händen ausgibt; das Geld, das die Bürger vom Staat bekommen wollen, ob er es hat oder nicht; das Geld, das man am besten den „Reichen“ wegnehmen sollte, um die Schulden, die gemacht werden müssen, abzutragen.

Niemand ist bisher aber auf die Idee gekommen, Modelle dafür zu entwickeln, wie man jene rund 300 Milliarden Euro, die auf diversen Sparbüchern und Konten der Österreicher liegen, in den Kapitalmarkt speisen und damit für die Wirtschaft nutzbar machen könnte. Der Vorschlag, den Sparern Unternehmensanleihen schmackhaft zu machen, durfte nicht einmal diskutiert werden.

Zu den positiven Überraschungen der COVID-19-Zeit gehört, dass nun Markt, Wirtschaft, Unternehmertum, Wettbewerb, Gewinn keine Schimpfwörter mehr sind. Man möchte hoffen, dass das in der Post-Corona-Welt anhält.



Hans Winkler, Journalist und langjähriger Leiter der Wien-Redaktion der „Kleinen Zeitung“

Fotos: Winkler

Zukunft bleibt Job der Industrie

Auf die Stärke der Industrie – und der mit ihr verbundenen Sektoren – kommt es für Österreich gerade jetzt an.

Die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat nicht nur Umsätze und Erträge, sondern auch die Stimmung in den Keller rasseln lassen. Umso wichtiger ist es, das Vertrauen der Betriebe in die Zukunft durch die richtigen standortpolitischen Maßnahmen wiederaufzubauen. Optimismus und investitionsgetriebenes Wachstum sind der sicherste Weg aus der Krise.

Die Industriellenvereinigung hat sich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung kluge und ausgewogene Prioritäten setzt, um den Wirtschaftskreislauf zu stärken, Wachstum zu generieren und Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen. Mit der Senkung etwa der untersten Stufe des Einkommensteuertarifs setzt die Regierung eine Maßnahme, mit der der Faktor Arbeit entlastet und der Konsum gestärkt wird. Investitionsprämie und degressive Abschreibung sind weitere von der IV empfohlene Maßnahmen, um wirkungsvoll Investitionen und Liquidität der Unternehmen zu stärken. (Siehe dazu den Bericht auf Seite 4.)

Entscheidend ist nun, dass der Kurs fortgesetzt wird, die Betriebe zu entlasten und Investitionen zu fördern. Denn der Weg aus der Krise ist für Unternehmen und Standort noch weit. So ist es wichtig, die im Regierungsprogramm festgelegte Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent zeitnah umzusetzen. Dies ist ein starkes wie nachhaltig wirksames Instrument, um Investitionen und damit Beschäftigung anzukurbeln. Von großer Bedeutung ist auch, die Eigenkapitalstärkung von Unternehmen

zu fördern. Eigenkapital muss endlich mit Fremdkapital gleichgestellt werden.

Das alles sind keine „Geschenke“ an Unternehmen, sondern notwendige Investitionen für einen nachhaltigen Weg aus der Krise und damit für Arbeitsplätze sowie hohe Lebensqualität in unserem Land. Die Industrie hat bereits während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bewiesen, dass auf ihre Leistungen für den Standort auch in fordernden Zeiten Verlass ist. Die Stärke der Industrie ist heute wichtiger denn je für neue Wertschöpfung und Beschäftigung – sie braucht aber die entsprechenden industrie- und standortpolitischen Rahmenbedingungen.

Die neue IV-Spitze rund um Präsident Georg Knill ist Garant für eine innovative, starke Industrie, die Wachstum, Arbeit und Stabilität sichert und dafür konsequent an jenen weiteren Verbesserungen arbeitet, die unsere Unternehmen und ganz Österreich weiterbringen. Die Zukunft ist und bleibt mehr denn je Job der Industrie.

Ihr



Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär



„Der produzierende Sektor ist der Wertschäftungsmotor unserer Volkswirtschaft. An jedem Arbeitsplatz in der Industrie hängen zwei weitere in den Dienstleistungsbranchen. Mit unserer starken Industrie werden wir besser und schneller aus der Krise herauskommen, als etwa dienstleistungsdominierte Länder.“

F. Peter Mitterbauer, Vorstandsvorsitzender der Miba AG



„Diese Krise kennt keine Gewinner, nur unterschiedlich Betroffene. Unternehmen, denen es gelingt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, können diese V-förmige Erholung schaffen.“

Andreas Bierwirth, Vorstandsvorsitzender der Magenta Telekom



„Es braucht kurzfristig staatliche Überbrückungshilfe, die rasch ankommt. An langfristigen Maßnahmen ist nun der Moment, jahrelang diskutierte Schritte wie die Reduktion der Lohnnebenkosten umzusetzen.“

Herbert Decker, Geschäftsführer Maschinenfabrik Liezen und Gießerei Ges.m.b.H.

ZUKUNFT
UNTERNEHMEN

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Vergangene Krisen haben gezeigt, wie wichtig eine starke Industrie für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg eines Landes sind. Wie die Grafik des Monats zeigt, verfügt Österreich mit seinem starken industriellen Rückgrat über ausgezeichnete Voraussetzungen. Der produzierende

Bereich steht für mehr als 28 Prozent der heimischen Gesamtwertschöpfung und ist damit wichtiger Träger für Wohlstand und hohe Lebensqualität im Land. Dieser Wirtschaftsbereich sichert damit rund eine Million Arbeitsplätze – das ist rund jeder vierte Job in Österreich.

Die Industrie in Österreich als Motor für Wachstum

(Wertschöpfung in % der Gesamtwertschöpfung)



ZAHL DES MONATS

8

Nach Rang 10 im Jahr 2018 und Platz 9 im Vorjahr konnte sich Österreich beim diesjährigen „European Innovation Scoreboard“ auf Position 8 verbessern. Rot-Weiß-Rot punktet vor allem bei Kooperationen und Verbindungen im FTI-Bereich. Zu den Stärken zählen zudem die F&E-Investitionen des privaten Sektors oder Schutzanmeldungen von geistigem Eigentum. Aus IV-Sicht ist der Trend zwar erfreulich, es gibt aber weiteres Potenzial. Seit 15 Jahren pendelt Österreich zwischen den Rängen 6 und 11.



Entlastung und Investitionsanreize für ein erfolgreiches Comeback

Wie die Krise überwunden werden soll, war Thema bei der Regierungsklausur im Juni. Dabei wurde eine Reihe von IV-Empfehlungen aufgegriffen.

Heimische Wirtschaftsforscher bezeichneten die im Juni angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung, um die Folgen der Corona-Krise zu mindern, als „ein ordentliches Paket“. Aktuelle Zahlen der Nationalbank belegen das ökonomische Ausmaß der Pandemie: Vom Start des Lockdown am 16. März bis Mitte Juni lag das Bruttoinlandsprodukt um 16,8 Mrd. Euro unter dem Vergleichswert des Vorjahres und um 18 Mrd. Euro unter dem, was laut Wirtschaftsprognosen für diese Zeitspanne zu erwarten gewesen wäre.

Auch für die Industrie bietet das Konjunkturpaket – bei umsichtiger und rascher Umsetzung – eine klare Perspektive für Unternehmen und Beschäftigte sowie Potenzial für den Standort. Für Betriebe bringt es eine Entlastung von knapp 13 Mrd. Euro. Wichtig ist, dass eine Reihe von Empfehlungen der Industriellenvereinigung aufgegriffen wurde. Im Vorfeld hatte sich die IV für Maßnahmen eingesetzt, die Investitionen stärken, arbeitende Menschen entlasten, den Konsum ankurbeln sowie unter Druck geratene gesunde Unternehmen unterstützen.

Investitionen stärken

Angekündigt hat die Regierung unter anderem eine Investitionsprämie in der Höhe von 7 Prozent sowie eine zusätzliche Prämie von weiteren 7 Prozent bei Investitionen in Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheitswesen/Life Science. Das entlastet Unternehmen um rund 1 Mrd. Euro. Zudem plant die Politik, künftig Eigenkapital zu fördern. Ein konkretes Modell ist noch ausständig, die IV plädiert für die Abzugsfähigkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen. Sinnvoll ist zudem die angekündigte degressive Abschreibung in Höhe von 30 Prozent pro Jahr. Aus IV-Sicht fördern beide Maßnahmen Investitionen und stärken die Liquidität der Unternehmen.

Krisen-Unterstützung für Unternehmen

Eine Entlastung um rund 2 Mrd. Euro für Unternehmen bringt der Verlustrücktrag für 2018 und 2019. Demnach können Verluste des Jahres 2020 mit Gewinnen aus den Jahren 2018 und 2019 ausgeglichen werden. Die Rückmeldungen aus den Betrieben zeigen, dass die Auswirkungen der Corona-Krise noch längere Zeit anhalten werden. Sinnvoll ist daher, dass der Fixkostenzuschuss ausgebaut und verlängert wird. Statt bisher



3 Monate wird diese Maßnahme um weitere sechs Monate verlängert, wodurch Betriebe in Summe um rund 6 Mrd. Euro entlastet werden.

Entlastung der arbeitenden Menschen & Stärkung des Konsums

Mit der Senkung der untersten Stufe des Lohn- und Einkommensteuertarifs auf 20 Prozent (von bisher 25 Prozent) rückwirkend mit 1. Jänner wurde ein langjähriger Vorschlag der Industrie aufgegriffen, womit der Faktor Arbeit entlastet und der Konsum gestärkt wird. In diese Richtung wirken kann auch der einmalige Familienbonus in Höhe von 360 Euro pro Kind.

Mut und Optimismus

IV-Fazit: Es braucht Mut und Optimismus, um den Arbeits- und Wirtschaftsstandort gemeinsam wieder stark aufzustellen, um Arbeitsplätze sichern und vor allem wieder aufbauen zu können. Die angekündigten Maßnahmen können einen wichtigen Impuls für den Standort und damit für die Menschen in Österreich auslösen, um die Krise schnell und vor allem erfolgreich bewältigen zu können.

AKTUELLE INDUSTRIEPOLITIK

Das Erneuerbaren Ausbau Gesetz steht ante portas

Bis 2030 soll der gesamte Strombedarf durch erneuerbare Energie gedeckt werden. Die IV plädiert für ein auf Wettbewerb beruhendes Förderregime.

Mit rund einer Milliarde Euro pro Jahr soll künftig die Bereitstellung erneuerbarer Energie über einen direkten Beitrag der Stromkunden gefördert werden. Im Regierungsprogramm ist dieser Betrag als ein Jahres-Maximum des Unterstützungsvolumens formuliert, das im dreijährigen Mittel nicht überschritten werden darf – eine Obergrenze sozusagen. Gleichzeitig soll das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) zentrales Element sein, um das hochambitionierte politische Ziel zu erreichen, bis 2030 den gesamten Strombedarf durch erneuerbare Energie zu decken.

Aus IV-Sicht machen es diese beiden politischen Vorgaben zwingend erforderlich, mit den vorhandenen Mitteln unter höchstmöglicher Kosteneffizienz die maximale Menge an erneuerbarem Strom zu erzeugen. Dadurch könnten zwei Interessen unter einen Hut gebracht werden: jenes der Errichter und Betreiber an Planungssicherheit und jenes der Stromkunden nach Begrenzung der Ökostromkosten.

Marktorientierter Zugang

Neben der deutlichen Ausweitung der Ökostromproduktion bedeutet das Gesetz

auch den Einstieg in ein ambitioniertes Hochfahren der Einspeisung von Grünem Gas in das Gasnetz. Damit wird der bestehenden, gut ausgebauten Gas-Infrastruktur eine zentrale Rolle in einem künftigen klimaneutralen Energiesystem zugewiesen. Im Gegensatz zu einer Marktprämie, wie sie nach derzeitigem Stand der Diskussion für die Einspeisung von Ökostrom geplant ist, soll für Grünes Gas ein Quotenmodell eingeführt werden. Dieses definiert Mengenteile, die Gasversorger erreichen müssen. Das verspricht einen von Beginn an marktorientierteren Zugang,

als er bislang für die Förderung von Ökostrom gewählt wurde.

Gerade weil es wichtig ist, die gesetzten politischen Ziele für Maßnahmen gegen den Klimawandel zu erreichen, plädiert die IV mit Nachdruck für eine echte Marktintegration sämtlicher erneuerbarer Technologien. Nur ein auf Wettbewerb beruhendes Förderregime wird für jene Akzeptanz in der Bevölkerung und den Unternehmen sorgen, die es braucht, den Anteil erneuerbarer Energie, der im Gesamtenergiemix derzeit bei etwas über 30 Prozent liegt, signifikant zu erhöhen.

An der Marktwirtschaft darf nicht gesägt werden

Mit der Novelle zum Forstgesetz darf keine Gruppe einseitig belastet werden, betont die IV.

Die Kritik am Begutachtungsentwurf für die Novelle zum Forstgesetz war laut und notwendig. Demnach soll das Landwirtschaftsministerium heimische Holzverarbeitende Betriebe unter gewissen Voraussetzungen zur Übernahme österreichischen Holzes verpflichten können. Hintergrund ist der zunehmende Schädlingsbefall der Fichte, der wichtigsten Baumart in Österreich.

In ihrer Stellungnahme sowie im direkten Kontakt mit dem Ministerium verwiesen IV-Experten auf massive rechtliche und

wirtschaftliche Schwächen des geplanten Vorhabens. Besonders negativ sieht die Industrie, dass „ein Gesetz, das zum Abschluss bestimmter Verträge zwingt, massiv in die Privatautonomie und damit das Grundrecht auf Eigentum eingreift“. Das Vorhaben kollidiert aus IV-Sicht mit EU-Recht, konkret mit der Warenverkehrsfreiheit. Denn eine Abnahmepräferenz heimischer Produkte könnte auch als eine mengenmäßige Einfuhrbeschränkung qualifiziert werden. Ihre EU-rechtlichen Bedenken hat die IV zudem in einem Schreiben an für den Binnenmarkt zuständigen EU-Kommissar Thierry Breton formuliert.

Gravierende wirtschaftliche Folgen

Zweifelhaft ist die Berufung im Gesetz auf das Allgemeininteresse. Das wirtschaftliche Risiko des Schädlingsbefalls wird mit der Novelle lediglich auf eine andere Gruppe, nämlich die Holzverarbeitende Industrie, übergewälzt. Für betroffene Betriebe würde eine Abnahmeverpflichtung gravierende wirtschaftliche Folgen verursachen. Konkretes Beispiel: Wenn Schadholz zu wirtschaftlich unverwertbaren Bedingungen abgenommen werden, oder eine Abnahme erfolgen muss, obwohl der Holzverarbeitende Betrieb eine höhere Holzqualität für die Weiterverarbeitung

benötigt, oder schlicht keine ausreichende Lagerkapazität aufbringen kann.

Stattdessen fordert die IV verhältnismäßige Lösungsansätze, die keine Gruppe einseitig belasten. „Die nachhaltige Waldbewirtschaftung würde beispielsweise bereits durch Wiederbewaldung von Kahlflecken oder Forstschutzmaßnahmen gefördert“, heißt es. Bessere Rahmenbedingungen im Transportbereich würden inländische Holztransporte und -Abnahmen stärken. Zudem plädiert die Industrie für F&E-Zusammenarbeit im Bereich der Waldresilienz.

Corona-Kurzarbeit und die „Phase 3“

Auch nach dem 30. September braucht es ein praxisgerechtes Kurzarbeitsmodell, das zudem Leistungsanreize und Qualifizierungselemente stärkt. Kosten für Nichtleistungszeiten dürfen nicht zulasten der Betriebe gehen.

Die COVID-19-Krise führte ab Mitte März 2020 zu einem extremen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Zeitraum 15. März bis 13. April um 223.105 und erreichte am 13. April 2020 mit 533.621 den Höchststand. Seit dem 14. April ist die Arbeitslosigkeit rückläufig. Mit der COVID-19-Kurzarbeit gelang es, die Entwicklung am Arbeitsmarkt zu stabilisieren, mit Ende Mai 2020 wurden rund 1,3 Mio. Arbeitsplätze gesichert. Im Laufe des Monats Juni sank die Zahl der Arbeitslosen weiter, in der

zweiten Junihälfte lag die Zahl der Personen in laufenden Kurzarbeitsprojekten wieder deutlich unter einer Million.

Die Kurzarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigungssicherung. Das Zusammenspiel von Gesetz, AMS-Richtlinie und Sozialpartnervereinbarung führt bei der Abrechnung der Kurzarbeit jedoch zu hoher Komplexität. Diesbezüglich wurde im Juni eine Änderung des Arbeitsmarktservicegesetzes (Beihilfen bei Kurzarbeit) kundgemacht, die auf Klarstellungen abzielt. Die Änderungen sind rückwirkend

mit 1. März 2020 in Kraft getreten und auch auf bestehende Kurzarbeitsanträge anzuwenden. Auf der Homepage des Arbeitsministeriums ist ein entsprechender „COVID-19-Kurzarbeit-Leitfaden Personalverrechnung“ (mit Musterbeispielen) sowie eine aktualisierte Fassung der „FAQ COVID-19-Kurzarbeit“ abrufbar.

Unbürokratische Kurzarbeitsprojekte

Da Betriebe, die mit 1. März 2020 in die Kurzarbeit eingestiegen sind, bereits mit Ende August den bestehenden Rahmen von 3 plus 3 Monaten bei der

Corona-Kurzarbeit erreichen können und die geltende AMS-Kurzarbeitsrichtlinie Beihilfen zeitlich auch mit 30. September 2020 begrenzt, gilt es jetzt zeitgerecht ein praxistaugliches Kurzarbeitsmodell für danach („Phase 3“) sicherzustellen. Die Industriellenvereinigung setzt sich dafür ein, dass Kosten für Nichtleistungszeiten, insbesondere der Sozialversicherung, nicht zulasten der Betriebe gehen, Leistungsanreize und Qualifizierungselemente gestärkt werden. Kurzarbeitsprojekte müssen zudem möglichst unbürokratisch abgewickelt werden können.

Technologieoffensive muss jetzt starten

Geht es nach der Industrie, muss gerade jetzt die angewandte Forschung massiv forciert werden.

Woran denken Menschen bei den Schlagworten Künstliche Intelligenz, Autonomes Fahren, Robotik oder neue Werkstoffe? An Forschung, Technologie, Innovation und deren Bedeutung für heimische Schlüsselindustrien. Dieser Bereich kann aber noch viel mehr, wie die Corona-Krise immer stärker vor Augen führt. Einerseits können nur – von der pharmazeutischen Industrie entwickelte – Medikamente und Impfstoffe die Pandemie endgültig beenden. Andererseits belegen immer mehr Studien, dass sich F&E-aktive Unternehmen durch höhere Widerstandskraft und Regenerationsfähigkeit in Krisenzeiten auszeichnen.



Dort wo angewandte F&E stattfindet, entstehen mehr neue Jobs, höhere Produktivität, mehr Exporte und zusätzliche Investitionen. Was liegt also näher, als gerade jetzt der angewandten Forschung den nötigen Schub zu verleihen, um sogar noch gestärkt aus der Krise herauszufinden? Seit Beginn der COVID-19-Krise tritt die Industriellenvereinigung verstärkt dafür ein, eine „Technologieoffensive“ für die angewandte Forschung zu starten.

Diese ist bereits im Regierungsprogramm verankert. Angesichts der schon in der Vergangenheit bestehenden Finanzierungslücken sollten jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden, fordert die IV. Das bedeutet vor allem, einen „echten“ Budgetsteigerungspfad im Forschungsfinanzierungsgesetz zu verankern, das sich gerade in Begutachtung befindet. Zudem sollten die F&E-Mittel der Nationalstiftung sowie des Österreichfonds verstetigt werden. Darüber hinaus plädiert

die IV für eine zusätzliche Technologiemilliarde mit Budgettranchen von jeweils 250 Mio. Euro pro Jahr von 2021 bis 2024.

Was es für eine Technologieoffensive braucht

FTI-Fundament stärken. Den Policy-Mix aus Forschungsprämie und attraktiver direkter F&E-Förderung, wie themenoffene Programme ausbauen, erforderliche Zukunftsqualifikationen und Innovationsnachwuchs absichern.

Produktionsstandort Österreich ausbauen. Sicherstellung der technologieintensiven Produktion von forschenden Unternehmen, (Wieder-)Ansiedlung ausländischer Technologieunternehmen und systemrelevanter Produktionen in Österreich.

Digitalisierung in Österreich weiter vorantreiben. Digitale Transformation nützen, um Konkurrenzfähigkeit auszubauen, Wertschöpfungsketten abzusichern, robuste Systeme in der betrieblichen Praxis zu realisieren und die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle weiterzutreiben.

Österreich zum „Tech for Green“-Champion machen. Weltweite Herausforderungen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit brauchen intelligente Technologie-Entwicklung und Fokus auf den Ausbau der technologischen Kompetenzführerschaft.

Österreich zum Life Science-Zentrum im Herzen Europas ausbauen. Stärkung des Life Science-Standorts, um die Abhängigkeiten von Asien zu reduzieren und neue technologiezentrierte Investitionen sowie Arbeitsplätze nach Österreich zu holen.

IV-UPDATE

Nur ein starkes „Horizon Europe“ erzeugt echten Impact

Das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ entscheidet darüber, ob Europa in Zukunft zur Spitze der führenden Technologiestandorte zählt.

Heimische Unternehmen sind Europa-meister im laufenden Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“. Vor allem bei Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilität und Energie glänzt „Made in Austria“. Mit 1,5 Mrd. Euro an eingeworbenen Mitteln konnte Österreich sein Ziel bereits vor Ablauf des Programms erreichen.

2021 startet das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“. Sein Budget hängt am Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027, der aktuell verhandelt wird. Im Zuge der COVID-19-Krise präsentierte die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag für den MFR

sowie ihr 750 Mrd. Euro schweres Recovery-Programm „Next Generation EU“. Letzteres soll „Horizon Europe“ zumindest um zusätzlich 13,5 Mrd. Euro stärken, insbesondere die Bereiche „Gesundheit“, „Digitalisierung, Industrie und Raumfahrt“ sowie „Klima, Energie und Mobilität“. Allerdings reichen aus IV-Sicht die nun vorgesehenen 94,4 Mrd. Euro nicht aus. Für einen echten Impact fordert die Industrie – wie auch das Europäische Parlament – mindestens 120 Mrd. Euro (in 2018er-Preisen).

Für frühzeitige technologische Weichenstellungen und die erfolgreiche Positionierung in strategischen Wertschöpfungsketten kommt es auf die intensive europäische und

internationale Vernetzung an. Die IV plädiert daher dafür, dass sich die Bundesregierung in den anstehenden Verhandlungen klar für ein zukunftsorientiertes EU-Budget mit Fokus auf Forschung, Digitales, Technologien und Infrastrukturausbau sowie für ein starkes „Horizon Europe“ einsetzt.

Industrie als Teil der Lösung für Antworten auf den Klimawandel

Bei der budgetären Ausstattung ist es aus Sicht der IV notwendig, die 2. Säule in „Horizon Europe“ mit mehr als 60 Prozent der Mittel auszustatten. Forciert werden soll damit die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Gefestigt

und ausgebaut werden soll außerdem die europäische Technologieführerschaft in industriellen Kernbereichen (z.B. IKT, Klima und Energie, Mobilität) sowie bei Schlüsseltechnologien und Zukunftsfeldern (wie Artificial Intelligence, High Performance Computing, Cyber Security). Die durch den „Green Deal“ gesetzten ambitionierten Klimaziele erfordern zudem die zielgerichtete Förderung von Forschung, Technologie und Innovation. Diese entscheiden schließlich darüber, welche Rolle Europa in den nächsten Jahren im globalen Wettbewerb einnehmen wird. Fest steht, die Industrie ist wesentlicher Teil der Lösung für Antworten auf den Klimawandel.



ZUR PERSON

Der neue IV-Präsident Georg Knill wurde am 2. Jänner 1973 geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seine berufliche Laufbahn begann er 1993 in der Knill Gruppe, für die er unter anderem in der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und Deutschland tätig war. Seit 2007 ist er Geschäftsführender Gesellschafter der Knill Gruppe und Aufsichtsratsvorsitzender der Rosendahl Nextrom GmbH. Bereits seit 2001 ist der steirische Unternehmer durch sein Engagement in der Jungen Industrie innerhalb der IV aktiv. Er war bis 2008 Vorsitzender der Jungen Industrie Steiermark. 2007 wurde er in den Vorstand der IV-Steiermark und in den IV-Bundesvorstand aufgenommen. Im Präsidium der IV-Steiermark ist Knill seit 2012 tätig, seit 2016 als deren Präsident.



WEBTIPP

Ein Kurzvideo zur Antritts-Pressekonferenz des neuen IV-Präsidiums finden Sie im youtube-Kanal der Industriellenvereinigung:

www.youtube.com/Industrieland



200

3..2..1 ↑ 1..2..3

00:05:25

„Forschung, Technologie und Innovation sichern Österreichs Wohlstand, Arbeitsplätze und damit den sozialen Frieden.“

IV-Vizepräsident
Philipp von Lattorff



FORSCHUNGSQUOTE UND TECHNIKGRADUIERTE ERHÖHEN“

Vizepräsident Philipp von Lattorff

Neuer Vizepräsident der IV ist Philipp von Lattorff. Er ist seit 2013 Geschäftsführer der Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG. In der Industriellenvereinigung leitet von Lattorff seit 2013 den IV-Ausschuss „Forschung, Technologie und Innovation“, zudem ist er im IV-Bundesvorstand aktiv und Vizepräsident der IV-Wien. Der neue IV-Vizepräsident unterstreicht die Rolle der Industrie als Zukunfts- und Wohlstandsmotor: „Forschung, Technologie und Innovation sichern Österreichs Wohlstand, Arbeitsplätze und damit den sozialen Frieden. Die Industrie trägt maßgeblich dazu bei.“ Die Hälfte der heimischen FTI-Investitionen entfällt auf die Industrie. Als Ziele für die Zukunft formuliert von Lattorff, dass die Forschungsquote bis 2030 auf 4 Prozent des BIP angehoben wird, Österreich im europäischen Digitalisierungs-Index (DESI) unter die Top-3 kommt und der Anteil der Technikgraduierten um 20 Prozent gesteigert wird.

„Die Industrie ist der beste Garant für den Weg aus der Krise.“

IV-Vizepräsidentin
Sabine Herlitschka



„WACHSTUM, ARBEITSPLÄTZE UND NACHHALTIGKEIT KOMBINIEREN“

Vizepräsidentin Sabine Herlitschka

Neue Vizepräsidentin der IV ist Sabine Herlitschka. Sie ist seit 2014 Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG und zudem Mitglied des österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung sowie Vorsitzende von ECSEL Joint Undertaking. In der Industriellenvereinigung ist sie seit 2015 im IV-Bundesvorstand aktiv sowie Vizepräsidentin der IV-Kärnten. Ein besonderes Anliegen ist ihr die österreichische und europäische FTI-Politik: „Forschung, Technologie und Innovation sind ein geopolitisch strategischer Faktor. Sie entscheiden wesentlich über Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit“, so Herlitschka. In diesem Sinne sei die Ausrichtung des Mehrjährigen Finanzrahmens, also des EU-Budgets, entscheidend, wo es unter anderem um eine stärkere Ausstattung des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“ geht. Mit Blick auf den „Green Deal“ der EU formuliert die neue IV-Vizepräsidentin das Ziel „Wachstum, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit kombinieren zu können“. Produktion in Europa sei ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Herlitschka verweist auf die gerade jetzt besonders bedeutsamen Arbeitsplatzeffekte durch die Industrie: „Ein Arbeitsplatz in der Industrie führt zu zumindest drei weiteren Arbeitsplätzen. Das zeigt, dass die Industrie der beste Garant für den Weg aus der Krise ist.“

Reindustrialisierung muss standortpolitische Priorität haben!

Der neue IV-Präsident Georg Knill will Innovation, Technologie und Digitalisierung stärken, um den Standort Österreich in Europa an die Spitze zu bringen. Im Interview mit den iv-positionen erläutert er seine Schwerpunkte.

Herr Präsident, Sie übernehmen die Spitzenfunktion der Industriellenvereinigung in fordernden Zeiten...

Knill: ...aber auf einem soliden Fundament, denn mit starkem Einsatz und hoher Expertise hat die IV in den vergangenen Jahren wichtige Verbesserungen für den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich umgesetzt, seien es die realisierten Entlastungen bei den Lohnnebenkosten, die umgesetzte Arbeitszeitflexibilisierung oder die Anhebung der Forschungsprämie. Dafür gebührt meinen Vorgängern großer Dank.

„Gemeinsam können wir die hohe Lebensqualität in Österreich sichern und stärken, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“

IV-Präsident
Georg Knill

Die Krise ist für die Industrie noch lange nicht ausgestanden. Was braucht der Industriestandort Österreich jetzt besonders?

Knill: Wir brauchen ein wirksames, entschlossenes Krisenmanagement, um den Standort Österreich wieder stark aufzustellen. Wir müssen rasch die richtigen Schritte setzen, um den Konsum zu stärken, Kosten zu senken und Kapital zu sichern. Die Hilfs- und ersten Konjunkturmaßnahmen der Regierung in der Höhe von insgesamt 50 Mrd. Euro sind wichtig für die Bekämpfung der unmittelbaren Folgen der Krise, aber wir brauchen neben einer Verlängerung der Kurzarbeit etwa auch die Vorziehung sinnvoller öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur oder die Senkung der Lohnnebenkosten. Auch bei der Körperschaftsteuer müssen wir etwas tun und sie – wie im Regierungsprogramm vorgesehen – auf 21 Prozent senken, denn das ist wichtig zur Kapitalsicherung und zudem ein Standortsignal auch für internationale Investitionen. Und Investitionen sind in den nächsten Jahren eines der Top-Themen. Die notwendige Reindustrialisierung in Österreich und Europa muss standortpolitische Priorität haben.

Wie lässt sich das sicherstellen?

Knill: Indem wir zeigen, welch wichtiger Partner für die Menschen in unserem Land die Industrie ist. Wir sind Garant für Stabilität, Treiber für Innovation und Motor für Wohlstand. Wir stehen – im engeren Sinn – für 22 Prozent der nationalen Wertschöpfung und beschäftigen eine Million Menschen. Gemeinsam können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit – Digitalisierung, Klimawandel oder Wirtschaftskrise – zum Vorteil der Menschen bewältigen. Und gemeinsam können wir die hohe Lebensqualität in Österreich sichern und stärken, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Genau dafür brauchen wir mehr Entlastung für arbeitende Menschen und Unternehmen sowie mehr Investitionen in Zukunftstechnologien.

Was ist Ihre Vision für den Standort in den nächsten Jahren?

Knill: Wir werden einen Masterplan für Österreich für die kommenden vier Jahre erarbeiten und vorlegen. Klar ist: Österreich muss zu den Besten gehören, nicht zuletzt im Bereich Innovation, Technologie und Digitalisierung. Letztere hat durch Corona einen kräftigen Schub erhalten. Österreich ist hier aber nur im Mittelfeld – wir müssen jedoch ins Spitzefeld kommen. Dafür brauchen wir auch Menschen mit den richtigen Qualifikationen. Wir müssen insgesamt das Wachstum forcieren und gleichzeitig mehr Effizienz etwa in Verwaltung, Bildung, Pensionen oder Gesundheitssystem bringen, ohne das Leistungsspek-

„Europa muss wieder stärker werden – und das geht nur mit einer starken, innovativen Industrie.“

IV-Präsident
Georg Knill

trum zurückzunehmen. Wir müssen daher in Österreich Input und Output in ein besseres Verhältnis bringen. Wachstum und Effizienz sind die zwei Stellschrauben dafür, wie wir diese Krise – als Staat – langfristig wieder zurückverdienen können.

Wachstum braucht Finanzierung...

Knill: ...und für Wachstumsfinanzierung ist der Kapitalmarkt von großer Bedeutung. Er ist in Österreich noch nicht stark genug ausgeprägt. Wir setzen uns daher dafür ein, den Zugang zum Kapitalmarkt zu stärken, die Kosten für einen Börsengang zu senken, Meldepflichten zu vereinfachen und natürlich den Kapitalmarkt für die Öffentlichkeit attraktiver zu gestalten.

„Wir müssen rasch die richtigen Schritte setzen, um den Konsum zu stärken, Kosten zu senken und Kapital zu sichern.“

IV-Präsident
Georg Knill

Welche Chancen hat Europa im Wettbewerb mit den USA und China?

Knill: Europa muss wieder stärker werden – und das geht nur mit einer starken, innovativen Industrie. Der europäische „Green Deal“ – richtig gemacht – oder das europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ sind dafür wesentliche Instrumente. Die deutsche EU-Präsidentschaft mit dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ spielt für die notwendigen Weichenstellungen eine zentrale Rolle.

Wie würden Sie Ihr Amtsverständnis als neuer IV-Präsident umschreiben?

Knill: Freiheit und Unabhängigkeit sind besondere Werte für die Industriellenvereinigung, die uns ausmachen und unsere Arbeit prägen. Dazu kommt das Prinzip Verantwortung. Wir tragen als Industrie große Verantwortung für Österreich. Die Menschen in diesem Land können uns vertrauen, dass wir unsere Verantwortung für die Arbeitsplätze, für die Unternehmen und für Österreich wahrnehmen. Dieser Verantwortung stelle ich mich, gemeinsam mit meinem Team und mit den Mitgliedern der Industriellenvereinigung, sehr gerne.

IV-Initiative: Mit Zuversicht und Optimismus aus der Krise

Mit ihrem Online-Schwerpunkt „Wir nehmen's an“ zeigte die Industrie einen positiven Weg in die Zukunft.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben Wirtschaft und Gesellschaft mit voller Wucht getroffen. Das Land steht heute vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten. Neben attraktiven Rahmenbedingungen und konjunkturstützenden Maßnahmen braucht es aus Sicht der Industrie Zuversicht und Optimismus, um die Krise zu bewältigen.

Passend dazu hat die Industriellenvereinigung im Mai und Juni ihre aktuelle Online-Initiative „Wir nehmen's an“ lanciert. Auf reichweitenstärksten Nachrichtenportalen (u.a. orf.at, krone.at, kurier.at, oe24.at) sowie in den sozialen Netzwerken vermittelten Unternehmer, Führungskräfte und Mitarbeiter aus allen Wirtschaftsbereichen einen positiven Weg in die Zukunft.

Rund 7 Mio. Menschen erreicht

Kommuniziert wurden zudem die Leistungen der Industrie während der Krise für das Land. Denn Corona hat deutlich gezeigt: Österreich und die Menschen brauchen die Industrie – die Industrie braucht aber auch die Menschen.

Zudem erklärte die IV, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, um Wachstum und Beschäftigung zu sichern und zu stärken.

WEBTIPP

Die Sujets, weitere Kernbotschaften sowie das Video zur Initiative finden Sie unter: <https://www.industrie4oe.at/>.

Mehr als 120 Postings, die zielgruppengerecht auf Facebook, Instagram, LinkedIn und Youtube adaptiert wurden, sowie Video-

Material verbreiteten den Claim der Initiative. Damit konnte die IV alleine in den ersten 7 Wochen rund 7 Mio. Menschen erreichen.



IV-UPDATE

Krisen sind Labore für die Zukunft

Auf IV-Initiative beschäftigte sich die „Arbeitsgruppe Post Corona“ mit möglichen Auswegen aus der Krise und wie man sich auf die nächste vorbereiten kann.

Wie wir aus der Krise kommen und uns auf die nächste vorbereiten können – damit beschäftigte sich die von der IV initiierte interdisziplinäre „Arbeitsgruppe Post Corona“. Vertreten waren in dieser Experten aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Nachhaltigkeit, Bildung, Sozialem, Zivilgesellschaft, Public Health, Pharma, Recht, Politik, Ethik, Kultur, Psychologie und Soziologie. Dabei ging es um die Folgenabschätzung aktueller politischer Maßnahmen, Erfolgsfaktoren und Empfehlungen zur Bewältigung der Krise bis Sommer 2021. Es wurden Vorschläge erarbeitet, wie Wirtschaft und Gesellschaft längerfristig krisenrobust ausgerichtet werden könnten.

Klimawandel und Digitalisierung zentrale Faktoren

Die Experten empfahlen unter anderem treffsichere, zeitlich begrenzte Unterstützungsmaßnahmen der überdurchschnittlich stark betroffenen Bevölkerungsgruppen. Im Bildungsbereich sollten „Blended-Learning“-Konzepte an Schulen entwickelt werden. Zudem müssten digitale Kompetenzen bei Pädagogen rasch ausgebaut werden. Um Menschen in Beschäftigung zu bringen, brauche es – neben der Unterstützung bestehender Arbeitsverhältnisse – zusätzliche Anreize für Neueinstellungen. Im Gesundheitsbereich plädierten die Experten für die Entwicklung einer Contact

Tracing-Strategie und den Aufbau eines Surveillance-Systems für den niedergelassenen Bereich. Zudem seien Strukturen erforderlich, die eine flexible Zusammenarbeit über mehrere Ebenen – von der Gemeinde über die Bundesebene bis zur europäischen Ebene – sicherstellt.

Fazit der Arbeitsgruppe: Krisen sind auch Labore für die Zukunft. Im Kontext der Pandemie-Erfahrung bleiben die zentralen Zukunftstreiber Klimawandel und Digitalisierung bestimmende Faktoren, hinzu kommt die Notwendigkeit zu verstärkter Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Komplexe Systeme können

nur gemeinsam und systemisch bewältigt werden. Als die wesentlichen Resilienz-relevanten Faktoren wurden evidenzbasiertes (Krisen-)Management, sinnvolle und transparente Verwendung von Daten, Interdisziplinarität, Partizipation, Verständigung auf gemeinsame Standards und verantwortungsvolles Handeln genannt.

WEBTIPP

Der Bericht der „Arbeitsgruppe Post Corona“ kann auf der IV-Website www.iv.at unter Publikationen abgerufen werden.

Ein positives Bild zur gesellschaftlichen Zukunft des Landes

Das Projekt „überMorgen“ leistet einen Beitrag zur Diskussion über die Entwicklung Österreichs.

Die COVID-19-Krise hat eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Unsicherheit verursacht. In den nächsten Monaten ist mit wesentlichen Weichenstellungen für die Zukunft zu rechnen – umso wichtiger sind gut fundierte Zukunftsbilder, wie sie eine Gesellschaft, die sich positiv entwickeln will, gerade jetzt braucht.

Diskurs mit mehr als 1.000 Teilnehmern

Das Zukunftsbild des Projekts „überMorgen“ leistet dazu einen Diskussionsbeitrag. „Welche Gesellschaft wollen wir sein?“ leitete als Kernfrage des Diskurses, der auf Initiative der IV in Kooperation mit dem

Österreichischen Roten Kreuz und Unterstützung der ERSTE Stiftung im vergangenen Jahr unter dem Titel „überMorgen“ stattfand. Grundsätzliche gesellschaftliche Zukunftsfragen wurden in acht Veranstaltungen in fünf Bundesländern mit mehr als 1.000 Teilnehmern aus allen gesellschaftlichen Schichten diskutiert. Zahlreiche Rückmeldungen machen deutlich: Das Projekt „überMorgen“ hat einen gesellschaftspolitischen Nerv getroffen. Eine der zentralen Leistungen war es, geschützte Räume für offene Diskurse und konstruktiven Streit zu schaffen. Die Ergebnisse der Diskurse wurden verdichtet und ein Zukunftsbild in 99 Thesen entwickelt.

Solide Evidenzbasis

Diesem liegt eine solide Evidenzbasis aus unterschiedlichen Quellen zugrunde: eine Studie zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, Diskussions- und Fachbeiträge sowie Ergebnisse aus den Diskursveranstaltungen und dem IV-ZukunftsMonitor. Dieses vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) und der Universität Wien entwickelte Instrument macht allgemeine gesellschaftliche Trends, Wahrnehmungen zu bestimmten Themen und den allgemeinen Zustand der Gesellschaft messbar und liefert umfassende empirische Daten über Gegenwartsbewertungen und Zukunftseinschätzungen. Die Thesen greifen die Kern-

themen und Grundwerte der Wirtschaft und Gesellschaft auf. Dabei geht es weniger um eine Analyse als um einen Aufruf und eine Motivation, wie mit den Herausforderungen umgegangen werden sollte, um Fortschritt zu erreichen. Angesichts der aktuellen Situation gewinnt das Zukunftsbild noch an Relevanz: Die Corona-Krise spitzt wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemlagen zu, die auch im Zukunftsbild thematisiert werden, etwa Verteilungsfragen, Geschlechterverhältnisse, Chancen- und Generationengerechtigkeit. In diesem Sinne leistet die IV mit dem gesellschaftspolitischen Zukunftsbild einen Beitrag zur Diskussion über die Zukunft und Entwicklung Österreichs.



JI fordert mehr Ganztagsangebote bei Kinderbetreuung

Das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt viele JI-Mitglieder sehr, wie eine Umfrage deutlich zeigt hat.

Wenig überraschend, denn dies wurde und wird auch medial thematisiert, sehen auch die JI-Mitglieder die größten Hindernisse für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Österreich in fehlenden oder inadäquaten Betreuungsmöglichkeiten. „Qualitativ hochwertige, ganztägige und leistbare Angebote bei Krippen, Kindergärten oder Volksschulen müssen flächendeckend zur Verfügung stehen“, forderte daher auch Nikolaus Griller, JI-Bundesvorsitzender Stv. sowie Leiter der JI-Taskforce „Vereinbarkeit Familie und Beruf“. Eine große Herausforderung seien zudem die langen Schließzeiten im Sommer.

Beim Thema Karenz wird mehrheitlich möglichst hohe Flexibilität und Wahlfreiheit gewünscht – wobei allerdings von vielen auch das Überdenken veralteter Rollenbilder gefordert wird. Das betrifft offenbar nicht nur die Politik, die laut 81 Prozent der Mitglieder dem Thema Vereinbarkeit von



Familie und Beruf zu wenig Aufmerksamkeit widmet, sondern auch die Betriebe selbst (72 Prozent).

„Wir werden uns auch in unseren Unternehmen überlegen müssen, was wir hier verbessern können. Allerdings muss die Politik den Unternehmen auch Gestaltungsspielraum lassen, um die von den Eltern gewünschte Flexibilität zu gewährleisten“, so Griller.

Zu diskutieren sind außerdem weitere Maßnahmen, um Einbußen bei Karriere und Einkommen durch die Entscheidung für Kinder möglichst abzumildern, wie Griller betonte: „Steuerliche Entlastungen, Formen der Familienbesteuerung oder auch Verbesserungen bei den Pensionsanrechnungszeiten – wir sollten alle Optionen diskutieren und uns auch Best Practice-Beispiele im internationalen Umfeld anschauen.“



Vereinbarkeit neu denken

Aufgrund des großen Interesses der JI-Mitglieder – tausend Dank für die vielen Antworten! – an unserer Umfrage zu Kinderbetreuung, Karenzzeiten und Co. wird die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ein zentrales JI-Thema bleiben. Überhaupt könnte die Zeit kaum eine bessere sein, um auch neue Wege auszuprobieren. Während des Lockdown haben viele erste Erfahrungen mit den Themen Homeoffice, aber auch Homeschooling gemacht. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sind aktuell wohl bereiter denn je, Arbeit neu zu denken. Flexiblere Regelungen bei der Arbeit sind aber nur ein Teil der Lösung. Ich lebe in eher ländlichem Gebiet, meine Kinder sind bereits Teenager – wir haben alle Erfahrungen machen dürfen, von denen auch viele JI-Mitglieder im Rahmen der Umfrage berichtet haben: Unzureichendes Betreuungsangebot im Allgemeinen, wenig oder gar keine Optionen am Nachmittag und vom Sommer reden wir lieber nicht.

Aber angestoßen durch Corona tut sich bei der Sommerbetreuung vielleicht einmal was. Der JI-Bundesvorstand konnte die Themen der Umfrage auch mit Bundesministerin Christine Aschbacher diskutieren. Erfreulicherweise sind ihr Verbesserungen für Familien ein zentrales Anliegen. Österreich sollte danach streben, zum familienfreundlichsten Land zu werden. Klar ist dabei, dass es nicht eine große Patentlösung gibt. Viele Maßnahmen werden ineinandergreifen müssen. Ein Beispiel kenne ich aus meiner eigenen Zeit als Vorsitzender der JI-Salzburg: Wir haben damals angestoßen, dass Kinder auch von Tagesmüttern in Betriebswohnungen betreut werden können – nicht jedes Unternehmen kann gleich einen Betriebskindergarten aus dem Boden stampfen. Diese pragmatische Lösung wurde mittlerweile nicht nur in Salzburg, sondern auch in anderen Bundesländern ermöglicht.

Deutlich wurde in unserer Umfrage aber auch, dass wir alle als Gesellschaft gefordert sein werden: Alte Rollenbilder sind zu hinterfragen, denn prinzipiell wünschen sich auch unsere Mitglieder z.B. mehr Wahlfreiheit bei der Karenz und auch deren Akzeptanz. Da werden gerade wir als Unternehmer und Führungskräfte gefordert sein.

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

„grenzenlose“ Bundestagung in Krems

Nun ist es fix: Die JI-Bundestagung wird von 8. bis 10. Oktober in Krems/Donau stattfinden. Unter dem Motto „grenzenlos“ sind inhaltliche Programmpunkte zu den US-Wahlen und China ebenso geplant wie das Austesten von grenzenloser (VR-)Technologie. Besichtigt werden etwa das niemals in Betrieb genommene Atomkraftwerk Zwentendorf, Geberit in Pottenbrunn und Metadynea am Donauhafen. Die Junge Industrie NÖ/Bgld. wird während der Tagung selbstverständlich alle notwendigen Sicherheitsauflagen berücksichtigen.

Erste Infos wurden bereits an JI-Mitglieder verschickt, die Einladung erfolgt im Sommer. Kontakt für Rückfragen: niederosterreich@jungeindustrie.at



JI-OÖ bringt MINT-Initiative auf nächstes Level

Bereits 27 Coaches der JI-OÖ, wie zum Beispiel Stefan Wagner (JOSKO Fenster und Türen GmbH), Markus Huemer (CEO Polytec Holding AG) oder Peter Fronius (Fronius International GmbH) helfen jungen Menschen bei der Studienwahl und laden zu einem persönlichen Coaching in ihr Unternehmen ein. Bewerber erfahren, welche Jobs die heimischen Betriebe im Angebot haben und welche umfassenden Chancen mit einem (MINT-)Studium bereits bei Jobeinstieg in Aussicht stehen. Ab Dezember 2020 richtet sich das Angebot nicht mehr nur an angehende Studierende und Erstseimestrige, sondern auch an künftige Lehrlinge, die sich bei der Auswahl des passenden Lehrberufs noch unschlüssig sind. „Möglich macht dies eine Kooperation mit dem Ver-

IN KÜRZE

ein zukunfft.lehre.österreich. Unser Ziel ist es, nicht nur Studierende, sondern auch Lehrlinge bei ihren zukunftsweisenden Entscheidungen bestmöglich zu unterstützen und in weiterer Folge als Mentor zu begleiten“, so JI-OÖ-Vorsitzender Maximilian Priglinger (Biohort GmbH). Zudem soll eine Kooperation mit der TU Wien das Angebot in die Bundeshauptstadt bringen. „Das Studium in einem MINT-Fach ist anspruchsvoll. Deshalb ist es wichtig, sich vorab gut zu informieren. MINToring leistet dazu einen wichtigen Beitrag“, so TU Wien-Rektorin Sabine Seidler.

WEBTIPP
coaches.MINT-ist-Zukunft.at



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Alexander Müller, gettyimages, IV-Burgenland, IV-Kärnten/gettyimages, IV-NÖ/gettyimages, IV-OÖ, IV-Salzburg/gettyimages, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg/iStock/ilkercecik, IV-Wien/gettyimages

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





IV-Wien befragte Mitglieder zu Corona und Zukunftsthemen

Kürzlich führte die IV-Wien gemeinsam mit Meinungsforscher Peter Hajek eine große Mitgliederbefragung durch. Im Folgenden die wichtigsten Ergebnisse.

Das erste Kapitel der Umfrage war der Corona-Krise und damit dem alles beherrschenden Thema der letzten Monate gewidmet. Wenig überraschend blieben auch die meisten IV-Wien-Mitglieder von der Krise nicht verschont. So rechnet fast die Hälfte der Respondenten für das aktuelle Geschäftsjahr mit Umsatzeinbrüchen von bis zu 25 Prozent, ein weiteres Viertel sogar mit Einbrüchen von bis zu 50 Prozent. Ganze zwei

Drittel der teilnehmenden IV-Wien-Mitglieder ändern krisenbedingt ihre Investitionsplanung, wobei als Hauptgründe hierfür der massive Nachfrageeinbruch, die (krisenbedingt) mangelnde Verfügbarkeit von Investitionskapital und die Unterbrechung von Lieferketten angegeben wurden. Gefragt nach den Themen, die durch Corona an Bedeutung gewinnen werden, gaben die meisten Mitglieder an, dass die Bereiche Digitalisierung, flexibles Arbeiten und lokale Produktion einen Schub erfahren

werden. Themen wie kritische Infrastruktur, Umweltschutz oder Datenschutz bleiben weiterhin wichtig, ihre ohnehin große Bedeutung wird jedoch nach Einschätzung der Mitglieder durch die Krise nicht noch weiter zunehmen.

Wiener Zukunftsthemen

Im zweiten Teil der Umfrage wurden die IV-Wien-Mitglieder zu einer Reihe von Themen befragt, die wichtige Säulen für die Zukunfts- und Innovationsmetropole Wien sind. Die Fragen orientierten sich dabei unter anderem an den Schwerpunkten der neuen Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030: Wirtschaft und Innovation“. Unter den dort vorgesehenen Themen erscheint den Umfrageteilnehmern die Digitalisierung als das mit Abstand wichtigste Zukunftsfeld, gefolgt von „smartem Lösungen für den städtischen Lebensraum“ und Wiens Entwicklung zur „Gesundheitsmetropole“ sowie zum Vorzeigestandort für „Smarte Produktion“.

Im Forschungs- und Innovationsbereich wurde insbesondere auf die Bedeutung von öffentlichen Aufträgen und Förderungen hingewiesen. Nach Ansicht der IV-Wien-Mitglieder sind diese Unterstützungen in der Stadt bereits gut ausgebaut, könnten aber noch weiter verbessert werden. Dasselbe gilt auch für die Unterstützung

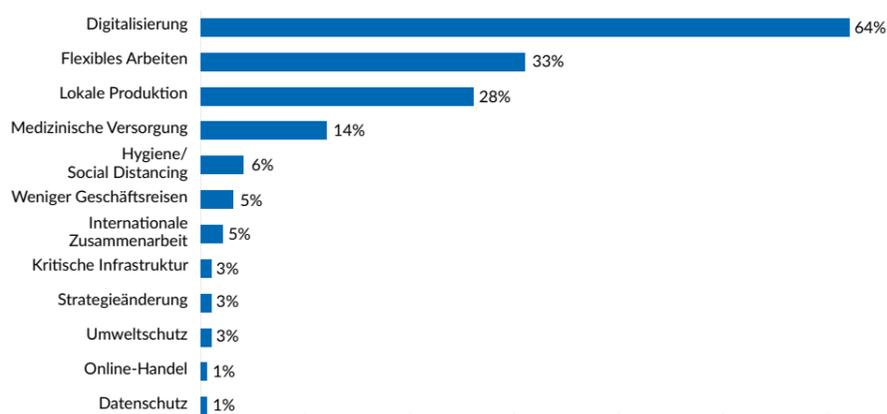
von Wiener Start-ups. Im Verkehrsbereich zeigten sich die Mitglieder fast einhellig zufrieden mit dem öffentlichen Verkehr. Im Individualverkehr wäre eine rasche Fertigstellung des Umfahrungsringes um Wien (S1 inklusive Donauquerung) für über zwei Drittel wichtig oder sehr wichtig. Nach dem Image von Unternehmen bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen befragt, attestierten die IV-Wien-Mitglieder vor allem ihren Mitarbeitern und der Politik eine positive Wahrnehmung. Die breite Bevölkerung und die Medien werden hingegen als kritischere Gruppen eingestuft.

Ideenkatalog für die Zukunfts- und Innovationsmetropole

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung flossen in die Erstellung des „Wienmanifest 2020“ der IV-Wien anlässlich der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober ein. Dort werden die Ideen der IV-Wien für die „Zukunfts- und Innovationsmetropole Wien“ in konziser Form zusammengefasst, was den politischen Entscheidungsträgern einen Ideenkatalog zur Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandorts liefern soll. Im Vordergrund stehen auch hier die Förderung von Innovationskraft, die Weiterentwicklung städtischer Infrastruktur und die laufende Schärfung des Bewusstseins für die „Unternehmensstadt Wien“.

Welche Themen, Technologien oder Anwendungsfelder werden nach der Corona-Krise an Bedeutung gewinnen?

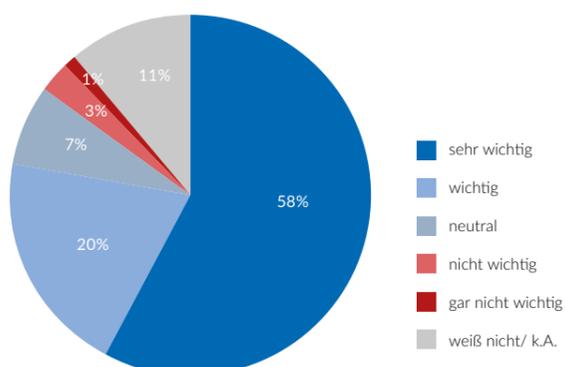
(in Prozent, spontane Angabe)



Post-Corona rechnen die IV-Wien-Mitglieder mit einem Schub für die Digitalisierung.

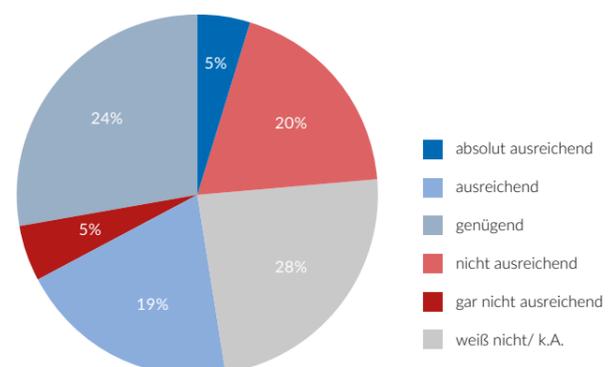
Wie wichtig ist eine rasche Fertigstellung des Umfahrungsringes um Wien für die Wiener Industrie?

(S1 inklusive Donauquerung)



Die Fertigstellung der S1 inklusive Donauquerung hat größte Bedeutung für die Wiener Industrie.

Werden in Wien Start-ups durch die öffentliche Hand ausreichend unterstützt?



Die Start-up-Unterstützung in Wien hat noch Verbesserungspotenzial.

Pochtler: „Die Corona-Krise ist eine große Lehrmeisterin“

Am 26. Mai fand per Livestream die Eröffnung des Wiener Strategieforums in Kooperation mit der IV-Wien statt. Das Forum bietet jährlich eine Plattform für den Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen führenden Wissenschaftlern und Top-Entscheidern aus der Wirtschaft.

In seiner Videobotschaft zur Eröffnung des diesjährigen Wiener Strategieforums betonte IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler: „Wir sollten angesichts der Krise nicht von einem Rebound sprechen, sondern von einem Reset. Denn der alte Zustand wird in vielen Bereichen nicht mehr so eintreten, wie wir es gewohnt waren.“ Durch die Krise würden gnadenlos Systemschwächen aufgedeckt, was trotz aller Negativeffekte auch Chancen für eine Neuorientierung biete: Start-up-Gründer entdecken

ganz neue Geschäftsmodelle, die rasante Digitalisierung der letzten Monate zeigt Möglichkeiten für eine andere Art des Arbeitens und Zusammenlebens auf.

Und auch in der Mobilität und im Green-Tech-Bereich sind Innovationen nun wichtiger denn je. Die Politik ist gefordert, Innovationen in diesen Feldern durch Entlastungen zu ermöglichen und sie nicht durch überbordende Eingriffe – Stichwort „Post-Corona-Sozialismus“ – zu erschweren.

Im Anschluss an die Eröffnung durch Präsident Pochtler diskutierten Bundesministerin Margarete Schramböck, Michael Strugl (Verbund AG) und Martin Winkler (Verkehrsbüro Group) mit „Presse“-Chefredakteur Rainer Nowak über Wege aus der Corona-Krise. Auch die weiteren Videotalks im Rahmen des Strategieforums – das diesmal über mehrere Monate hinweg an verschiedenen Tagen stattfindet – sind ganz den strategischen Herausforderungen der Krise gewidmet, etwa Wachstumsstrategien in turbulenten Zeiten oder „Blue Ocean“-Strategien zur Geschäftsmodellentwicklung für neue Märkte.

WIENER STRATEGIEFORUM

Das Wiener Strategieforum ist eine Tagung für Strategisches Management und Innovation. Das Forum bildet eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis und bietet eine hochwertige Plattform für den Gedankenaustausch zwischen führenden Wissenschaftlern und Top-Entscheidern aus der Wirtschaft zu essenziellen Fragen der Zukunftsgestaltung von Unternehmen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.strategieforum.at



Entlastungsweg weitergehen, Standort stärken

Investitionsfördernde und eigenkapitalstärkende Maßnahmen sind ein Gebot der Stunde.

Die in der Regierungsklausur beschlossene Verlängerung des Kurzarbeitsmodells und die Möglichkeit von Fixkostenzuschüssen sind die richtigen Antworten auf die Akutphase der Krise. Als weitere Liquiditätsfördernde und eigenkapitalstärkende Maßnahme wird es nun auch ein Verlustrücktrags-Modell geben, bei dem etwaige Verluste des heurigen Jahres mit Gewinnen von 2019 und 2018 gegengerechnet werden können – eine von mir seit Anfang der Krise eingebrachte Forderung.

Einen ganz wesentlichen Anreiz wird zudem die beschlossene Investitionsprämie von 7 bzw. 14 Prozent bringen. Allerdings ist der Zeitraum für die Gewährung von nur 6 Monaten viel zu kurz, um wirklich eine Wirkung zu entfalten. Diese sollte zumindest bis Jahresende 2021, besser noch für 3 Jahre, verlängert werden. Ebenfalls ein Anliegen, das ich seit längerem stetig vorangetrieben habe, ist die Möglichkeit einer degressiven Abschreibung von Investitionsgütern. Wichtig wäre auch noch rasch ein Modell der Abzugsfähigkeit von fiktiven Eigenkapitalzinsen auf den Weg zu bringen. Zu nachfrageseitigen Impulsen wird die Senkung des Lohnsteuer-Eingangssatzes von 25 auf 20 Prozent führen.

Ein schlechtes Signal für den Standort, insbesondere, wenn wir vorhaben, die besten Köpfe anzuziehen, ist die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 Prozent, welcher eigentlich Ende 2020 hätte auslaufen sollen. Es braucht jedenfalls weitere und vor allem strukturell und langfristig mutigere Maßnahmen. Hier denke ich insbesondere an eine baldige Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent. Darüber hinaus sollte die Körperschaftsteuer auf nicht entnommene Gewinne halbiert werden. Diese Senkung wäre ein ideales Instrument zur Eigenkapitalstärkung. Abschließend möchte ich Georg Knill und seinem Team noch einmal sehr herzlich zu ihrer Wahl mit so großer Zustimmung gratulieren und freue mich darauf, diese und viele weitere Vorhaben gemeinsam voranzutreiben, um Österreich zukunftsfest zu machen.

Ihr

Christian C. Pochtler
Präsident der IV-Wien



IV-AVISO

Aktuelle Publikationen der IV-Wien

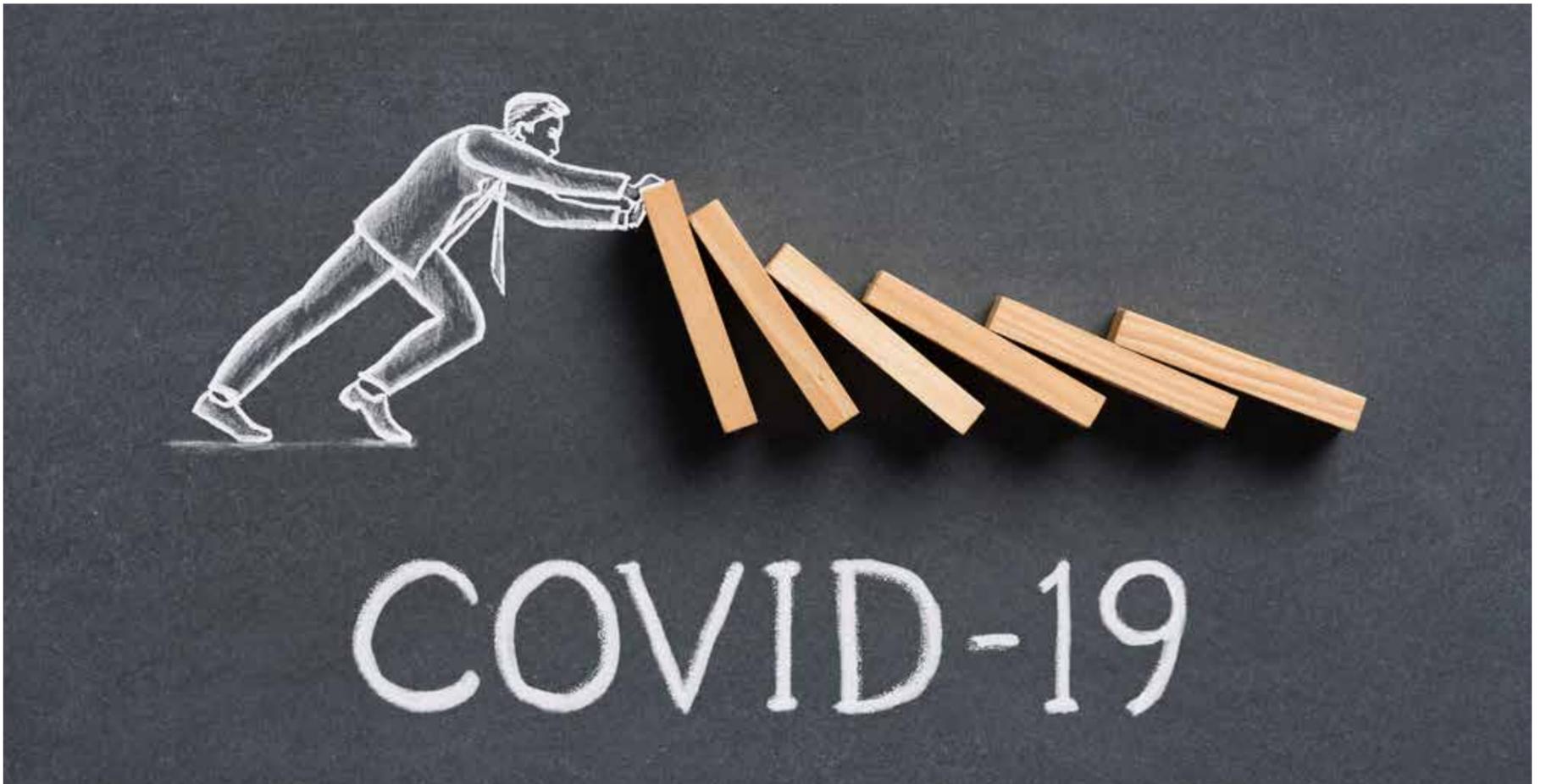
Der neue Themen- und Projektfolder der IV-Wien gibt einen kompakten Überblick über die Schwerpunkte und Aktivitäten der IV-Wien. Im „Wienmanifest 2020“ werden die wichtigsten Forderungen der IV-Wien im Hinblick auf die Wien-Wahl im Oktober formuliert.

Basis für das „Wienmanifest“ war eine umfassende Befragung der IV-Wien-Mitglieder, die sich unter anderem mit Zukunftsthemen wie Forschung, Innovation oder Infra-

struktur befasste. Das „Wienmanifest“ soll der Politik einige wesentliche thematische und strategische Eckpunkte auf dem Weg in Richtung „Zukunfts- und Innovationsmetropole“ aufzeigen. Der neu aufgelegte Themen-

und Projektfolder bietet einen Überblick zur Wiener Industrie und zu den Themen und Projekten der IV-Wien. Er wird so als Grundlage für die laufenden Gespräche mit den Partnern aus Politik und Wirtschaft dienen.





„Wichtig ist es, eine gute Standortpolitik zu machen“

Finanzminister Gernot Blümel sprach anlässlich seines Besuchs im IV-Wien-Vorstand mit den iv-positionen über Konjunkturpakete, Investitionen und die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2020.



ZUR PERSON

Gernot Blümel

Bundesminister für Finanzen

Herr Bundesminister, die COVID-19-Krise hat Wirtschaft und Industrie schwer getroffen. Die IV rechnet für dieses Jahr in Österreich mit einem Wachstumsrückgang von -7,6 Prozent. 1,8 Millionen Österreicher sind aktuell zur Kurzarbeit angemeldet oder arbeitslos. Welche Maßnahmen planen Sie – über die kurzfristigen Hilfen hinaus –, um die Konjunktur wieder anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen?

Die Corona-Krise hat uns international, national und auch regional vor große Herausforderungen gestellt und hier hat Österreich schnell reagiert – sowohl bei den Gesundheitsmaßnahmen als auch bei den Wirtschaftshilfen, das attestieren uns auch internationale Rankings. Um wieder zur alten

Stärke zurückzufinden, haben wir bereits in den vergangenen Wochen Pakete geschnürt, um die Konjunktur anzukurbeln und besonders betroffenen Branchen zu helfen. So unterstützen wir etwa mit dem Gemeindepaket in Höhe von einer Milliarde Euro Städte und Gemeinden und fördern Investitionen auf kommunaler Ebene und mit dem Investitionsprogramm für den öffentlichen Verkehr wollen wir mit zusätzlichen 300 Millionen Euro das Angebot im Nahverkehr verbessern und modernisieren. Zusätzlich haben wir uns auf ein umfassendes Unterstützungspaket geeinigt, mit dem wir kleine und mittlere Einkommensbezieherinnen und -bezieher besonders entlasten und den Eingangssteuersatz von 25 auf 20 Prozent bereits 2020 rückwirkend ab Jahresbeginn senken.

Gleichzeitig haben wir etwa mit dem Österreich-Paket das Fortbestehen der AUA und somit des Langstreckendrehkreuzes Wien gesichert. Davon profitiert der Wirtschaftsstandort Österreich und natürlich Wien nachhaltig. In Summe haben wir ein Paket in Höhe von 50 Milliarden Euro geschnürt, um persönliche und wirtschaftliche Existenzen zu retten, die Menschen zu entlasten und Investitionen am Standort zu ermöglichen. Neben den kurzfristigen Konjunktur- und Hilfsmaßnahmen haben wir uns auch auf langfristige und unbefristete Maßnahmen geeinigt, wie etwa die degressive Abschreibung und Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitalanteils in den Unternehmen.

Die Krise wirkt sich auch auf die öffentlichen Haushalte aus, die Steuereinnahmen des Bun-

des lagen im April bereits um 2,3 Milliarden Euro unter jenen des Vorjahres. Zugleich kosten Krisenbewältigung und Konjunkturpakete viel Geld. Wie lässt sich das alles finanzieren? Müssen wir uns auf neue Steuern einstellen?

Vor allem jetzt in der Krise sehen wir, warum es so wichtig ist, in Zeiten der Konjunktur sparsam zu sein. Wir hatten in den vergangenen Jahren eine solide Budgetpolitik und deshalb konnte Österreich in dieser Krise umfangreicher helfen als andere Länder. Wir finanzieren uns aktuell sehr günstig und jetzt ist nicht der Zeitpunkt, um auf das Nulldefizit zu bestehen. Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren gezeigt haben, dass wir es mit massiven Steuerentlastungen geschafft haben, den Standort so weit anzukurbeln, dass wir ein besseres Wachstum gehabt haben als andere Länder und dadurch auch unsere Staatsschuldenquote schneller gesunken ist als in anderen Ländern. Das könnte auch für die Zeit nach dieser Krise ein Rezept sein. Wir haben auch nach der letzten Krise innerhalb von zehn Jahren die Verschuldung stark reduziert, ohne massive Steuererhöhungen. Wichtig ist es, eine gute Standortpolitik zu machen und Anreize für Unternehmen zu setzen, damit sie im Land investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Wesentliche Zutaten für mehr Wachstum und Resilienz sind Investitionen – etwa in Digitalisierung oder Ökologisierung – und eine stärkere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, etwa durch die Senkung der Körperschaftsteuer. Wie sehen Ihre Pläne in dieser Hinsicht aus?

Diese Punkte finden sich auch im Regierungsprogramm wieder und das gilt nach wie vor. Einige Maßnahmen aus dem Regierungsprogramm, die einen konjunkturbelebenden Effekt haben, werden nun vorgezogen. Viele Unternehmen halten Investitionen zurück und das ist schlecht für den Standort. Es wird deshalb eine Investitionsprämie von bis zu 14 Prozent geben, um Unternehmen zu helfen, diese Investitionen in Kürze realisieren zu können. Wir haben uns auch darauf geeinigt, erstmals in Österreich Eigenkapital steuerlich zu stärken und damit mehr Sicherheit und weniger Abhängigkeit zu schaffen. Das wäre ein wirtschaftspolitischer Meilenstein. Denn gerade die Krise hat uns gezeigt, dass die hohe Fremdfinanzierung in schwierigen Zeiten auch ein Hemmschuh werden kann.

Sie sind nicht nur Finanzminister und ÖVP-Regierungskordinator, sondern auch Spitzenkandidat der Wiener Volkspartei bei der Wien-Wahl am 11. Oktober. Wie werden Sie und Ihre Partei sich bei dieser Wahl positionieren?

In Wien stehen wir wenige Monate vor der Gemeinderatswahl. Wenn es Corona zulässt, wird am 11. Oktober in Wien gewählt. Jetzt ist jedoch nicht die Zeit für Wahlkampf-Rhetorik und parteipolitisches Geplänkel. Die Bevölkerung erwartet sich zu Recht, dass alle Ressourcen in die Bewältigung der Corona-Krise investiert werden. Wien braucht Stabilität und Sicherheit. Jetzt ist die Zeit, darauf zu schauen, dass wir durch die Krise kommen. Mein Fokus ist jetzt, Österreich und Wien gut durch diese Krise zu führen. Der Wahlkampf fängt noch früh genug an.